

25.08.2023

Kleine Anfrage 2404

des Abgeordneten Christian Loose AfD

Windwahnland Paderborn – Wo bleibt der „Artenschutz“ für die Bürger?

Das sogenannte Bürgerenergiegesetz soll angeblich die Akzeptanz für einen beschleunigten Windenergieausbau in Nordrhein-Westfalen fördern. Inwieweit die darin festgelegte Abschaffung jeglicher Mindestabstände zu Windindustrieanlagen die Akzeptanz dieser Anlagen fördern soll und kann, wird ewiges Geheimnis der Initiatoren und Befürworter dieses Gesetzes bleiben.

Immobilieeigentümer sind jedenfalls wie Mieter nicht nur von der Verschandelung des Landschaftsbildes durch solche Industrieanlagen betroffen, sondern müssen zusätzlich auch dramatische Wertminderungen ihrer Immobilien hinnehmen. Am stärksten betroffen sind ältere Häuser in ländlichen Gebieten. Hier kann der Wertverlust innerhalb des Ein-Kilometer-Radius sogar 23 Prozent betragen.¹

Gerade die Bürger der von Windkraft betroffenen Gebiete lehnen sich gegen den Bau weiterer Windräder auf. So haben in der Ortschaft Schwaney von den rund 2.600 Einwohnern bereits über 400 Personen eine Unterschrift gegen den Bau weiterer Windräder getätigt.²

Insofern wirkt es geradezu grotesk, wenn das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) formuliert: „So können Windenergieanlagen Konflikte mit dem Artenschutz oder dem Natur- und Landschaftsschutz verursachen. Zudem sind viele weitere Aspekte, wie Abstände zu Wohngebäuden, Radaranlagen oder Erdbebenmessstationen, beim Bau von Windrädern zu beachten“ – und dabei mit keinem Wort die Konflikte mit den Bürgern thematisiert.³

Wo diese Konfliktpotentiale liegen, beschreibt das LANUV in seinem Fachbericht 124 in der Fassung vom April 2022 dann sehr wohl: „Auf der Ebene der Kreise liegt Paderborn mit 533 WEA und einer installierten Leistung von gut 1.000 MW landesweit deutlich an der Spitze, der Kreis trägt allein zu mehr als der Hälfte aller Anlagen im Regierungsbezirk Detmold bei. Die beiden Kreise Borken (318 WEA, 559 MW) und Steinfurt (310 WEA, 554 MW) folgen mit bereits deutlicherem Abstand (Abbildung 3).“⁴

¹ Vgl. <https://www.rwi-essen.de/presse/wissenschaftskommunikation/pressemitteilungen/detail/windraeder-lassen-immobilienpreise-sinken>, abgerufen am 10.08.2023.

² Vgl. Neue Westfälische vom 31.07.2023, Seite PA5, „Dorfbewohner sauer über Windradpläne“.

³ Vgl. https://www.lanuv.nrw.de/landesamt/veroeffentlichungen/publikationen/fachberichte?tx_cartproducts_products%5Bproduct%5D=1198&cHash=1cb94cbe61187728d352630d2c107a10

⁴ Vgl. https://www.lanuv.nrw.de/fileadmin/lanuvpubl/3_fachberichte/Potenzialstudie-Windenergie-NRW.pdf, Seite 19, abgerufen am 11.08.2023.

In der überarbeiteten Fassung desselben Fachberichtes vom Mai 2023 (Abschlussbericht) findet sich eine solche Aussage über den Status der Windkraft nicht mehr.

Stattdessen wird ausgerechnet das mit Windindustrieanlagen bereits über jedes Maß hinaus verunstaltete Paderborner Land als weiterhin potentialstark bezeichnet, wenn sich das – groteskerweise eigentlich dem Naturschutz gewidmete LANUV – zu der Feststellung versteigt: „[...] liegen die größten Potenziale vor allem im Hochstift Paderborn und dem östlichen Teil des Sauerlands, im Nordwesten des Münsterlandes sowie im westlichen Teil des Regierungsbezirks Köln.“⁵

Deshalb frage ich die Landesregierung:

1. Warum wird in dem Abschlussbericht vom Mai 2023 der Status quo nicht mehr dargestellt?
2. Nachdem sich an der Spitzenstellung des Kreises Paderborn mit der Penetration durch Windindustrieanlagen nichts geändert haben dürfte – wieso werden ausgerechnet dort noch die „größten“ Potentiale definiert?
3. Warum befeuert die Landesregierung die vielfach und zu recht beklagte Spaltung der Gesellschaft zusätzlich auf dem Wege, dass sie Grundeigentümer auf der einen Seite zu Profiteuren von Windindustrieanlagen macht, die bis zu sechsstellige Beträge pro Jahr für die Bereitstellung entsprechender Flächen kassieren, während Anwohner auf Jahrzehnte hinweg eine mit Windindustrieanlagen verschandelte Landschaft in Kauf nehmen müssen?
4. Warum ignoriert die Landesregierung die durch Unterschriftenlisten belegten Proteste der Bürger im Paderborner Land, die sich nachvollziehbar gegen den weiteren Bau von Windindustrieanlagen wenden?
5. Ist es für die Ministerin vorstellbar, 500 Meter entfernt von 260 Meter hohen Windindustrieanlagen zu wohnen?

Christian Loose

⁵ Vgl. <https://www.energieatlas.nrw.de/site/Media/Default/Dokumente/LANUV-Fachbericht%20142.pdf>, Seite 4, abgerufen am 11.08.2023.